

11. Januar 1923

100 Jahre Ruhrbesetzung



Bild: Französische Truppen marschieren mit 60000 Soldaten ins Ruhrgebiet ein. Bild zitiert aus: <https://www.geschichte-abitur.de/wp-content/uploads/2016/07/ruhrbesetzung.jpg> (28.12.2022)

Vor 100 Jahren stand das Deutsche Reich vor dem Zusammenbruch. Das Jahr 1923 ging als Krisenjahr in die Geschichte ein und prägte das kollektive Gedächtnis der Deutschen in verhängnisvoller Weise, zum Teil bis heute. Die junge Weimarer Republik, aus den Trümmern des Kaiserreiches am Ende eines verlorenen Krieges entstanden, musste sich mehrerer Gegner und Krisen gleichzeitig erwehren.

Am 11. Januar 1923 besetzten französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet und das Rheinland, um säumige Reparationszahlungen durch eine Besetzung des wirtschaftlichen Herzstücks Deutschlands einzutreiben. Die Kriegsgegner wollten den östlichen Nachbarn über die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinaus weiter schwächen. Gleichzeitig unterstützten Paris und Brüssel separatistische Bestrebungen, um die Einheit des Deutschen Reiches zu untergraben.

Die Bevölkerung reagierte mit einem passiven Widerstand, den die Regierung in Berlin mit der Notenpresse finanzierte. Infolgedessen brach Währung völlig ein, es kam zu einer Hyperinflation. Auf dem Höhepunkt der Inflation im Oktober kostete eine Straßenbahnfahrkarte 1,5 Milliarden Reichsmark. Guthaben in Geld waren wertlos. Folge davon war die völlige Zerrüttung des Vertrauens in die Geldstabilität in Deutschland und auch der finanzielle Ruin all derjenigen, die ihre Altersversorgung in Geld, oft in Kriegs- und Staatsanleihen, angelegt hatten.

Hinzu kamen kommunistische Umsturzversuche in Sachsen und in Thüringen im Oktober 1923, die von der Reichswehr niedergeschlagen wurden, und ein von der örtlichen Polizei unterdrückter Putschversuch der nationalistischen Rechten in München am 9. November 1923, bei dem erstmals der Politiker Adolf Hitler in das Rampenlicht der breiten Öffentlichkeit rückte.

Uwe Roeder

Krisenjahr 1923 im Unterricht

Krisenjahr 1923. Praxis Geschichte. 2/1992.

Das Thema „Weimarer Republik“ hat seinen festen Platz im Curriculum des Faches Geschichte. In Jahrgangsstufe 9 beschäftigen sich die Schüler etwa ein Quartal lang mit der ersten deutschen Republik. Dabei sind oft drei Aspekte im Zentrum, nämlich die Revolution 1918/19 und die unmittelbaren Folgen, das Krisenjahr 1923, möglicherweise die Goldenen Zwanziger und schließlich Krise und Untergang der Weimarer Republik 1929-1933. Oft wird die Geschichte Weimars als reines Vorspiel zur Katastrophe des Nationalsozialismus erzählt, oft werden die Entwicklungslinien und die Offenheit der Geschichte auch der Weimarer Republik mit Blick auf den Nationalsozialismus sehr in den Hintergrund geschoben. Und gerade das Überwinden der Krise 1923 macht deutlich, dass die deutsche Geschichte auch anders hätte verlaufen können.

Inflationsgeld

Reichsbanknote. Ein Hundert Mark, Berlin 1908.

Reichsbanknote. Fünftausend Mark, Berlin 12/1922.

Reichsbanknote. Eine Milliarde Mark, Berlin
10/1923, ursprünglich Eintausend Mark 12/1922.

Das in der Zeit verwendete Papiergeld zeigt die Entwertung der Reichsmark an. War die Währung 1908 vor dem Ersten Weltkrieg noch goldgedeckt und stabil, so verlor sie im Krieg und danach rasch an Wert, so dass Papiergeld mit größerem Nominalwert gedruckt werden musste. Das reichte 1923 nicht mehr aus, so dass alte Scheine überdruckt wurden und dass Städte, Gemeinden, sogar Betriebe ihr eigenes Papiergeld herausgaben.

Jubiläen fördern den Absatz

Frank Stocker: Die Inflation von 1923. Wie es zur größten deutschen Geldkatastrophe kam, München: FBV 2022.

Jubiläen fördern die Produktion von Publikationen, die sich mit einem Thema beschäftigen, weil dadurch Öffentlichkeit und Aufmerksamkeit erzeugt wird. Wenn das Jubiläum auch noch Anlass bietet, politisch einfach mit aktuellen Entwicklungen verglichen werden zu können, dann umso besser. Der hier vorliegende, journalistisch geschriebene Band zur Inflation 1923 greift die aktuelle Inflation im Zuge von EZB-Politik, Energiekrise und Ukrainekrieg auf, um „politische Kräfteverhältnisse zu skizzieren, die finanzpolitischen Entscheidungen zu erklären, die volkswirtschaftlichen Folgen zu beleuchten und zugleich das gesellschaftliche Klima zu erfassen“ (Klappentext).

.

.